

Aktionstag von verdi Verkehrsbetriebe: Wem gehört die Straßenbahn?

In einem Aufruf der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu der Kundgebung am am 22. Oktober 2005 am Moritzplatz heißt es:

Solidarität ist wichtig!

Der Öffentliche Nahverkehr steht vor einer Zerreißprobe. Der Warnstreik im September war möglicherweise nur der Anfang von noch härteren Auseinandersetzungen. Auch in der Augsburger Verkehrs GmbH stehen die Zeichen auf Sturm. Und selbst kleine, früher unproblematische Dinge werden zum Konflikt. Ein Beispiel hierfür ist das Verbot der Geschäftsführung der Stadtwerke, trotz eines gültigen Mietvertrages, an ver.di die gemietete Straßenbahn auch auszuliefern. Begründung: In einem Flugblatt das verteilt werden soll, werde auch die Geschäftsführung der Stadtwerke kritisiert.

Die Bewertung dessen soll jeder selbst treffen!!!

Mit dieser Straßenbahn wollten wir die Bevölkerung über die derzeitige Situation informieren und Solidarität erbitten. Da es nun mit der Straßenbahn nicht geht, wird das ganze als

Aktionstag am 22. Oktober ca. 10 – 15 Uhr Moritzplatz mit einer Kundgebung um ca. 12.30 Uhr stattfinden. Wäre schön, wenn Du/Ihr auch dabei sein könntet!!! Heute der Verkehrsbetrieb, morgen die Müllabfuhr, übermorgen das Klinikum???

Die Stimmung auf der Kundgebung war gereizt. Die Geschäftsführung der Stadtwerke verweigerte den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe die Anmietung einer Straßenbahn. Der Betriebsrat habe sich die Straßenbahn unter Vorspiegelung falscher Tatsachen „erschleichen“ wollen, war von der Geschäftsleitung zu vernehmen. Es sei auch gefährlich, wenn eine einzelne Straßenbahn in der Stadt „umherirren“ würde. Das Maß voll machte eine weitere Charge der Geschäftsleitung, die zur Anweisung der Chefetage meinte: „Ich würde Ihnen unsere Straßenbahnen auch nicht geben.“

Bei diesem Beispiel hat man schon fast die ganze Arroganz und Ignoranz der Geschäftsführung auf einem Haufen: dem Fahrer kommt die Straßenbahn nicht zu, außer auf eine Dienstanweisung hin. Das Fahrpersonal und die Beschäftigten der Leitzentrale sind eine Gefahr für die Allgemeinheit, außer sie werden gesteuert von der Geschäftsleitung. „Unsere Straßenbahnen“ gehören nicht der Allgemeinheit, sondern dem „privatwirtschaftlichen Konzern“ Stadtwerke Augsburg (so bezeichnen sich die Stadtwerke auf ihrer Webseite). Damit sind die Straßenbahnen in der alleinigen Verfügungsgewalt der Geschäftsleitung dieses „privatwirtschaftlicher Konzern“. Diese Geschäftsleitung kann sogar verfügen, dass das Personal oder der Betriebsrat nicht als Nutzer oder Kunde fungieren kann, weil sie gewerkschaftliche Interessen hätten. Wobei die Geschäftsleitung mit Werbung für einen durch und durch gewerkschaftsfeindlichen Betrieb wie Segmüller keine Probleme hat.

Das ist waschechtes Konzerngebaren. Man beschlagnahmt die Produktionsmittel, die eigentlich die Beschäftigten erarbeitet haben, und entrechtet das Personal. Besonders pervers und unannehmbar ist diese Position, wenn es sich um öffentliche Dienste und öffentliche Güter handelt. Die Führungscrew Stadtwerke samt ihrer Chicago-Boys an eingeflogenen Beratern, Juristen und Betriebswirtschaftlern – so drückte sich Hans Blöchl vom verdi-Fachbereich Verkehr aus – haben wohl vergessen, dass sie Dienstleistungen im Bereich der

öffentlichen Daseinsvorsorge zu erbringen haben. Und so mußte Hans Blöchl schon die Frage aufwerfen, wem „die Stadt“ eigentlich gehöre, die Anlagen, die Straßenbahnen... Ob sie Eigentum der Chicago-Boys seien oder Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Verdi verlangt eine öffentliche Entschuldigung von der Geschäftsleitung.

Aber auch der Stadtrat scheint seine Zuständigkeit vergessen zu haben. Kein einziger Stadtrat ließ sich sehen oder ließ etwas verlauten auf der Kundgebung. In einer Postkartenaktion wandte sich verdi an den Oberbürgermeister:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Beschäftigten der Stadtwerke und der AVG schaffen mit dem Öffentlichen Nahverkehr in Augsburg ein wichtiges Stück Lebensqualität für uns Bürgerinnen und Bürger. Unter Inkaufnahme schwieriger Arbeitszeiten, Hintanstellung von Familie und Freunden leisten die Beschäftigten gute Arbeit für unsere Stadt. **Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.**

Umso unverständlicher ist für mich die Diskussion um deren Arbeitsplätze. Für diese schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe muss auch eine entsprechend gute Bezahlung erfolgen. Deshalb kann ich nicht verstehen und akzeptieren, dass ihnen in Zukunft die Einkommen gekürzt werden sollen. Auch ich weiß, dass die Öffentlichen Mittel knapp sind – aber daran sind nicht die Beschäftigten schuld! Ich bitte Sie deshalb:

Erhalten wir den guten Nahverkehr durch gute Bedingungen für die Beschäftigten!

Mit freundlichen Grüßen

Auf der Kundgebung wurde die Frage aufgeworfen, wie lange die politisch Verantwortlichen – nicht nur der OB sondern auch die Rathausparteien – dem Treiben der Geschäftsleitung der Verkehrsbetriebe noch zusehen wollten. Verdi scheute einen Konflikt mit der Stadt nicht, dann bliebe es nicht bei einer Postkarte an den OB. Der OB hätte als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke und der Verkehrs GmbH eine sehr starke Stellung, es muss ihn eigentlich schon interessieren, ob die Einkommen der Beschäftigten, der Fahrer gesichert sind und ihre Arbeitsbedingungen so dass sie auch sicher arbeiten und fahren können. Und die Rathausparteien könnten ihre Verantwortung für einen städtischen Betrieb schon auch wahrnehmen. Hans Blöchl sagte, bei den Stadtwerken gebe es wohl „zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer“: „Wie weit sind wir gekommen in einer Stadt, die sozialdemokratisch-ökologisch regiert wird?“

Die Empörung der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe und von verdi ist verständlich. Die Ausgründung der Augsburger Verkehrsgesellschaft AVG bedeutet gewaltige Lohnabsenkungen für neu eingestellte Fahrer. Und den jetzt noch bei den Stadtwerken beschäftigten Fahrern blüht das gleiche, denn Geschäftsführer Walter will den Betriebsübergang in die AVG erzwingen. An einem Beispiel wollen wir die Verluste deutlich machen. Ein Fahrer, der sechs Jahre bei den Stadtwerken beschäftigt ist, verdient mit Fahrdienstzuschlägen 2450 € Die AVG zahlt 1670 € Grundlohn, effektiv ca. 1820 € Würde man die Fahrerinnen oder den Fahrer der Stadtwerke ohne Ausgleichszahlungen in die AVG zwingen, hätte sie/er einen Lohnverlust von 25 – 30 %.

Mit 500 € 600 € weniger im Monat sollen sich die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe dann in Nacht- und Schichtarbeit „arm arbeiten“. Das ist die Basis des Konflikts. Und hier verhandelt verdi Bayern seit zweieinhalb Jahren (!) mit dem kommunalen Arbeitgeberverband, den Herr Walter im Gruppenausschuss Nahverkehr repräsentiert und Dr. Ecker im Präsidium Bayern. Selbiger Ecker ist ein Vertrauter von OB Wengert und Kämmerer der Stadt Augsburg! Erst vor wenigen Tagen hat der kommunale Arbeitgeberverband die Verhandlungen ganz abgebrochen. Verdi Bayern vermeldet in einer Pressenotiz:

Tarifkonflikt kommunaler Nahverkehr Bayern: Verhandlungen von Arbeitgebern abgebrochen

Nürnberg, den 12. Oktober 2005 – Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in den kommunalen Verkehrsbetrieben sind am Mittwoch, 12. Oktober 2005, in der zehnten Runde von Arbeitgeberseite abgebrochen worden. „Die Kommunalen Arbeitgeber hatten weiterhin auf der Abschmelzung der Einkommen der Beschäftigten beharrt, was von ver.di kategorisch abgelehnt wird“, sagte Siegi Kreuzer, die ver.di-Verhandlungsführerin.

„Wir waren in vielen Punkten kompromissbereit“, sagte Kreuzer, „aber an diesem Punkt war Schluss“. Über die Folgen aus dem Abbruch der Verhandlungen, insbesondere über weitere Warnstreiks, wollte Kreuzer nicht spekulieren, aber: „Die Große Tarifkommission von ver.di wird jetzt beraten – und die sind stinkesauer. Es sind also alle Optionen offen.“

Dabei hat verdi schon sehr viel zugestanden und wäre zu einer Absenkung des Tarifvertrags Kommunaler Nahverkehr auf das Niveau des privaten Tarifs bereit gewesen. Damit wollte verdi die ausgegründeten Unternehmen in einem einheitlichen Tarifvertrag halten und letztlich wieder mit den Stadtwerken zusammenführen. Der kommunale Arbeitgeberverband will die Beschäftigten in die Tarifverträge für das private Omnibusgewerbe in Bayern (LBO Landesverband bayerischer Omnibusunternehmen) abdrängen. Verdi steht auf dem Standpunkt, dass diese Tarifverträge nicht geeignet sind, da sie nicht für Stadtverkehr, Tram- und Schichtverkehr entwickelt wurden. Der Abbruch der Verhandlungen durch den kommunalen Arbeitgeberverband läßt befürchten, dass die Arbeitgeber die Unternehmen aus dem Verband herausbrechen wollen, um ganz freie Hand zu haben. Das würde verdi zum Abschluss von Haustarifverträgen nötigen.

Es geht verdi bei dieser Auseinandersetzung aber auch um die Struktur der öffentlichen Dienste und die Qualität des Angebots im öffentlichen Nahverkehr sowie den Einfluss der Öffentlichkeit, der Verbraucher und Nutzer auf dieses Angebot. Die Hartnäckigkeit und die Eile, mit der Geschäftsführer Walter die Ausgründung der AVG betreibt, ist verdächtig: eine AVG ist leichter zu verkaufen als eine Verkehrs-GmbH! Muss man den Stadtrat daran erinnern, dass Neu- und Umgründungen von städtischen Gesellschaften zustimmungspflichtig durch ihn sind?

Die Darstellung in der Augsburgener Allgemeinen vom 24.10.2005, nach der demnächst die Konzessionen auslaufen würden und sich dann nach EU-Recht auch billigere Firmen von außerhalb bewerben könnten, ist falsch. Die auslaufenden Konzessionen werden von der Regierung von Schwaben 2006 und 2007 wieder erteilt, für den Busverkehr bis 2015, für die Straßenbahn bis 2023. Die Rechtslage danach sei noch völlig offen, betont verdi. Dabei seien die Konzessionen im nächsten Jahr kein großes Problem, wie Herr Walter bereits bei einer Betriebsversammlung gesagt haben soll. Bis 2015 müsse es sicher zu Änderungen in Betriebsabläufen, Arbeitszeiten etc. kommen, um auch über dieses Datum hinaus kommunalen Nahverkehr in Augsburg zu haben. Dazu seien die Beschäftigten und ver.di auch bereit.

Außerdem, so stellt verdi fest, sei nach EU-Richtlinien auch eine „Betrauung“ der Stadtwerke mit dem Fahrbetrieb ohne Ausschreibung möglich. Es müsse sich um ein „mittleres, gut geführtes Unternehmen“ handeln. Für Geschäftsführer Walter kommen hier grundsätzlich nur private Busunternehmen in Frage. Verdi sieht das anders. Das Argument mit der EU – und was hier angeblich alles drohe – scheint also ein reines Totschlag-Argument zu sein. Hier hilft nur Aufklärung.

Man muss sich darüber klar sein, dass auch OB Wengert und der Stadtrat wusste, wen sie sich mit Walter als Geschäftsführer geholt haben. Seine Karriere ist gepflastert mit solchen (Un-)taten. In Saarbrücken mußten die Beschäftigten mehrfach gegen ihn streiken, er war dort nicht mehr haltbar. Walter ist beim vdv (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) im

Strategieausschuss vertreten und will dort wohl was vorweisen. Auch die Regenbogen-Koalition in Augsburg will zu den nächsten Kommunalwahlen mit dem Nahverkehrskonzept und der „Mobilitätsdrehscheibe“ was vorweisen – so viel haben sie ja sonst nicht vorzuweisen. Walter scheint sich in Sachen „Mobilitätsdrehscheibe“ unentbehrlich für Regenbogen gemacht zu haben. Hier sagt verdi zu Recht: auch wir sind für attraktive Städte und unterstützen das Konzept, aber es darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten verwirklicht werden. Es steht nirgends, dass die Beschäftigten die öffentlichen Leistungen selbst bezahlen sollen, das ist immer noch Sache der Allgemeinheit! – Und wir wollen anmerken: Wenn die Stadtverwaltung wirklich glaubt, der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Nahverkehrs sei nur möglich mit Beträgen in der Größenordnung von 25 bis 30 Prozent der Gehaltssumme des Personals – warum strebt sie dann eine Gewerbesteuersenkung um 15 Prozentpunkte im Jahre 2006 an?

Peter Feininger